

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 02 88 846 pbbn d

Inhalt

Karl Liedtke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wirft Alfred Dregger Behinderung der Aussiedlerpolitik vor.
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, nennt Graf Lambsdorff einen Erben des Manchester-Kapitalismus.
Seite 3

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, wertet die Signale der Konservativen.
Seite 4

Walter Polkehn MdB erinnert an die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Polen vor zehn Jahren.
Seite 6

37. Jahrgang / 173

13. September 1982

Die Koalition hilft weiter

Dregger-Polemik behindert die weitere Aussiedlung

Von Karl Liedtke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Wahlzeiten sind Zeiten von unsachlichen oder polemischen Ausführungen von Seiten der Union, so in Bonn, so jetzt in Hessen. Dr. Dregger glaubt mit einem unsauberen und sachlich falschen Presse-Artikel die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und ehemaligen politischen Häftlinge auf "seine Seite" zu ziehen. Sozialdemokraten sind dagegen der festen Überzeugung, daß Humanität und Hilfe für unsere geschädigten Mitbürger nach wie vor an erster Stelle steht.

Von den Maßnahmen der Bundesregierung, die SPD und FDP ab 1984 beabsichtigen, sind - und dies muß zunächst festgestellt werden - nicht die 14 Millionen Geschädigten des Zweiten Weltkrieges betroffen, die seit 1945 im Westen wohnen und bis Ende 1983 noch zu uns kommen.

Für diejenigen Aussiedler und Übersiedler aus der DDR, die ab 1984 in die Freiheit gelangen, sind gezielte Eingliederungsmaßnahmen vorgesehen und keine "sozialistischen Experimente", wie Herr Dregger oder der hinter ihm stehende Verfasser meint. Es ist und wird auch kein "Gießkannensystem". SPD und CDU in der Großen Koalition haben unter anderem 1969 eine Heimkehrerstiftung gewollt und beide Fraktionen haben damals gesagt: Keine höhere Kriegsgefangenenentschädigung für alle, sondern gezielte Maßnahmen für diejenigen, die es nötig haben. Dies war und bleibt eine große Hilfe.

Die CDU/CSU hat allerorts erklärt, das soziale Netz noch weiter einzuschränken; Sozialdemokraten wollen gezielte Hilfen für alle, die ab 1984 zu uns kommen.

Die sozial-liberale Koalition will den spezifischen Perfektionismus im Lastenausgleich abschaffen, den weder ein junger Bedienstete noch der Bürger versteht.



Im Grunde polemisiert Herr Dregger, daß die ehemals Selbständigen, die Handwerker, Bauern oder Grundstückeigentümer nur "Kopfquoten" und in Zukunft "erheblich weniger bekommen" als diejenigen, die vor 1984 schon im Bundesgebiet gelebt haben. Dazu mögen folgende Zahlen und Hinweise dienen, die die Polemik von Herrn Dregger widerlegen:

1. Die Zahlen über die Altersstruktur der Aussiedler zeigen eindeutig, daß nicht einmal zehn Prozent des Aussiedlerjahrgangs 1981 bei Kriegsende in einem Alter waren, in dem sie Vermögen besessen haben und durch die bei Kriegsende von den Vertreibungsmächten gegen Deutsche getroffenen Maßnahmen verloren haben können. Über 90 Prozent der Aussiedler dieses Jahrgangs können mithin selbst - als unmittelbar Geschädigte - nur Vermögenswerte verloren haben, die sie erst nach Kriegsende erworben haben, sei es durch Kauf, Bau oder im Erbwege.
2. Sollten unter den ehemals Aussiedlern oder Übersiedlern Selbständige oder Vermögensträger sein, sieht die Neuregelung vor:
 - a) pauschale Eingliederungshilfe von je 2.000 DM für jede erwachsene Person (Ehepaar also 4.000 DM) und für minderjährige 1.500 DM; nach altem Recht betrug der Grundbetrag der Hauptentschädigung 4.900 DM,
 - b) weiter werden ab 1984 auch die zinsgünstigen Einrichtungsdarlehen gezahlt, - Einzelperson 3.000 DM, Ehepaar 5.000 DM bis zu 10.000 DM mit Kindern,
 - c) weiter wird eine pauschalierte Unterhaltshilfe mit Selbständigenzuschlag und eine Entschädigungsrente im vereinfachten Verfahren gezahlt,
 - d) außerdem erhalten die ehemals Selbständigen und Grundstückseigentümer über eine neu zu bildende Stiftung einmalige Leistungen bis zu 5.000 DM,
 - e) ebenso erhalten alle ehemaligen politischen Häftlinge und die verschleppten Umsiedler aus der Sowjetunion neben den Leistungen zu a) und b) auch Leistungen aus der Stiftung bis zu 5.000 DM,
 - f) und schließlich: Es gibt für die ab 1984 kommenden Aussiedler und Übersiedler keine Stichtage mehr, nach denen gegenüber dem bisherigen Recht viele Landsleute überhaupt von LAG-Leistungen ausgeschlossen blieben.

Herr Dregger soll auch wissen, daß durch die Ostverträge und den persönlichen Einsätzen von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Zeiten der SPD/FDP-Regierung weit mehr Aussiedler und Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands zu uns gekommen sind als zu Zeiten der CDU/CSU-Bundesregierung; dies gilt sowohl für den Bereich der Volksrepublik Polen, als ganz besonders für die Aussiedlungen aus Rumänien und der Sowjetunion. Sozialdemokraten wollen auch in Zukunft diesen Mitmenschen helfen, damit sie als Deutsche unter Deutschen leben können; Dreggers Pamphlet könnte manchen Aussiedler daran hindern, tatsächlich auszusiedeln. (-/13.9.1982/hi/ca)

+ + +



Der Wirtschaftsgraf und seine Rezepte

Aus der Folterkammer des Manchester-Liberalismus

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat seinen Werkzeugkasten zusammengestellt, mit dem er - wie er vorgibt - die Arbeitslosigkeit zu überwinden gedenkt. Dabei hat der Wirtschaftsgraf die Schreckensinstrumente aus der Folterkammer des Manchester-Liberalismus hervorgekramt. Wer liest, was Lambsdorff auf mehr als 30 Seiten zu Papier gebracht hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er Hand an die Wurzeln der zweiten deutschen Republik legen will.

Dem Bundeswirtschaftsminister zu folgen, hieße, die Substanz der sozialen Sicherung schwer zu schädigen und den sozialen Frieden in der Bundesrepublik für lange Zeit zu zerstören. Von der Kürzung des Arbeitslosengeldes bis zum Einfrieren der Sozialhilferegelsätze reichen die Positionen, die auf dem gräflichen Rezeptblock versammelt sind. Wenn sich herausstellen sollte, daß die Lambsdorffschen Ansinnen von der Mehrheit seiner Partei getragen würden, so wäre dies der Beweis dafür, daß sich die FDP zu einer Partei des Frühkapitalismus entwickelt hätte.

Daß das Gespür für soziale Gerechtigkeit bei Lambsdorff nur rudimentär vorhanden ist, konnte ja schon in der Vergangenheit kaum jemandem verborgen geblieben sein. Immerhin gab es aber auch beim Bundeswirtschaftsminister wenigstens gelegentlich einen Anflug von Verständnis für sozialpolitische Belange. So zum Beispiel im November 1979, als er vor dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft in Düsseldorf konstatierte, daß es Erkenntnislücken über die Bedeutung der sozialen Sicherung für die Wirtschaft gäbe. "In einer freien Wirtschaft und Gesellschaft", so Lambsdorff, "machen die Menschen die ihnen abverlangten schnellen Veränderungen nur dann mit, werden sie sich gegen die notwendigen Veränderungen nicht sträuben, wenn sie nicht damit rechnen müssen, eines Tages auf dem Schrotthaufen des sogenannten Fortschritts zu landen. Voraussetzung für die Bereitschaft, die notwendigen Strukturänderungen zu akzeptieren, ist es, daß diese Strukturänderungen ohne allzu große Reibungen und persönliche Opfer verlaufen. Eine solche Bereitschaft kann nur erwartet werden, wenn dieses System sozialer Sicherungen im weitesten Sinne seine Aufgabe erfüllt".

Von diesen Erkenntnissen ist bei Lambsdorff sichtbar nichts mehr geblieben. Daß sich der FDP-Spitzenpolitiker nunmehr so überdeutlich offenbart hat, bietet indes auch eine Chance - die Chance nämlich, daß die Bürger der Bundesrepublik merken, was eigentlich in diesem Land derzeit gespielt wird. (-/13.9.1982/ks/va)

+ + +



"Wende" gegen den Sozialstaat**Signale des Neokonservatismus**

Vpn Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

"Sozialer Friede" - dieses Wort der sozial-liberalen Epoche bleibt im Ohr. Darunter wurde und wird nicht eine verwaschene Harmonie-Müberei sozialer Gruppen verstanden, die im Übrigen auch nichts taugen und nichts bringen würde. Eher dachte man bei diesem Begriff, so unscharf er auch klingen mag, an die Fähigkeit und den Willen gesellschaftlicher Gruppen, Konflikte so auszutragen und Probleme so zu behandeln, daß selbst in einer sozialökonomischen Krise der Krach um eine Sache nicht wichtiger wird als die Sache selbst. Schlichter ausgedrückt: Sozialstaatlichkeit verändert die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen und der Gruppen. Diese wirken ihrerseits auch auf die internationalen Beziehungen ein. Insofern hatte die Friedenspolitik der Bundesrepublik unübersehbare soziale Voraussetzungen.

Wer sich dieser Zusammenhänge bewußt ist, konnte nur mit Sorge und Ärger verfolgen, wie in der letzten Woche im Bundestag sowohl mit Inhalten und Sinn des Sozialstaates umgegangen worden ist. Zur Kultur eben dieses Sozialstaates gehört es, daß Menschen nicht bedrückenden Meßlaten ausgeliefert werden. Wieder aufgetaucht ist zum Beispiel die neokonservative Versuchung, "Arbeitende und Nichtarbeitende" auf agitatorische Weise so unzuordnen, daß der "Nichtarbeitende" wie eine parasitäre Nummer erscheint, die man möglichst auf soziale und menschliche Distanz zu halten habe. Ein rüdes Wort, vor allem, wenn man damit noch den Vorwurf eines Mangels an persönlicher Kreativität verbindet.

Wir kennen die historischen Quellen und die gesellschaftlichen Gründe eines solchen Verhaltens. Soweit es die Gegenwart angeht, sind es ja nicht nur die Arbeitslosen, die sich allemal bei wachsender Massenarbeitslosigkeit dagegen aufbäumen, daß ihnen ein solches Zeichen aufgedrückt wird.

Sofort muß man an die Wege menschlichen Lebens und Schicksals überhaupt denken, an Krankheit und Alter. Unter den "Nichtarbeitenden" sind über zehn Millionen alter Menschen in unserem Land.

Fortgeschrittene Gesellschaften haben seit dem Zweiten Weltkrieg die Fähigkeit entwickelt, den Verlust oder die Aufgabe von Arbeitsverhältnissen nicht zu einem allgemeinen sozialen Abstieg des Menschen werden zu lassen, der keine Rücksicht auf Empfindungen nimmt. Facharbeiter und Angestellte zahlen für ihre Alterssicherung heute und ein Arbeitsleben lang hohe Beiträge. Ihr Leben soll ohne Bruch bleiben, die ohnehin den Menschen beschäftigende Schwelle zwischen Arbeit und Alter nicht zum materiellen Graben werden. Das Abstempeln nach "Arbeitenden und Nichtarbeitenden" - jenseits menschlicher Empfindungen und Lebensweg - ist letztlich ein Hantieren mit dem, was menschliche Würde ausmacht.

Deshalb wurde in der Bundesrepublik erklärt: Die Beitragszahlungen und die Organisation der sozialen Sicherung sollen so sein und bleiben, daß der im Arbeitsleben erworbene Lebensstandard, das heißt auch die soziale Stellung und die gesellschaftlichen Beziehungen nicht auf die schiefe Bahn des Abstiegs geraten.



Die Menschen teilen ihr Leben nicht nach jenen konservativen Kriterien ein, die Zeiten des Alters und der Krankheit, heute auch der Arbeitslosigkeit, immer mehr in die Nähe des Unangemessenen, des Mißbrauchs, ja fast des sozialen und menschlichen Fehlverhaltens rücken.

Dies meine ich mit der Kultur des Sozialstaates. Er ist nicht nur eine Summe von sozialen Institutionen, Regelungen, Geld- und Dienstleistungen. Er hat nicht nur seine Geschichte und seine Interessen, er hat seine Wurzeln auch im Bild von Menschen, seiner Würde und den Voraussetzungen seines Daseins und seiner Selbstbehauptung. Jenseits davon ist der soziale Friede nicht mehr erkennbar.

Töricht ist es auch, Kreativität und schöpferische Entwicklung des einzelnen in einen Widerspruch zur Gesellschaft wie zwischen Mühlsteine zu drängen. Dann wird die Diskussion über Sozialstaatlichkeit zur simplen Agitation. Die großen Sozialpolitiker und Wissenschaftler früherer Jahrzehnte erklärten, daß unserem Leben ein Zusammenwirken von persönlicher Initiative und Leistungen der Gesellschaft entspricht. Sie wußten, daß dem Menschen der Wille zur Gesundheit und zur Bildung nicht abgenommen werden kann, dieser Wille aber Voraussetzungen vorfinden muß, unter denen er entstehen und sich entfalten kann.

Der Herumsimpeln mit dem Individualismus sowie die verächtliche Attitüde gegenüber gesellschaftlichen Bedingungen war schon immer eine Art Markenzeichen des Konservatismus. Karl Hermann Flach, der frühere FDP-Generalsekretär, wollte sich freimachen von solchen Mentalitäten und suchte nach der Reform des Kapitalismus. Er sah auf seine Weise voraus, daß ein Liberalismus, der in einer "Besitz- und Bürgerblock-Mentalität" steckenbleibt, in Widerspruch geraten würde zu den Empfindungen und Erwartungen der Menschen in hoch entwickelten Industrieländern. Die Kultur des Sozialstaates wollte konservative Klotzerei überwinden. Man wußte, oder ahnte jedenfalls, daß sonst ein Qualitätsverfall des demokratischen Prinzips und der demokratischen Kultur im ganzen drohen würde.

Daß trotz aller Probleme und Schwierigkeiten eine sozialstaatliche Verfassung der Gesellschaft auch in Zeiten schwerer weltwirtschaftlicher Krise noch immer ein höheres Maß von Reaktionsfähigkeit, politischer Stabilität und sozialer Verantwortung aufweist als alle anders gearteten gesellschaftlichen Systeme, dafür fand eigentlich nur Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte ein ehrliches und überzeugendes Wort.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Woche ist noch bewußter als vorher, warum der Papst in seiner letzten Sozialzyklika vor einem "primitiven Kapitalismus" gewarnt hat. Anderen mag es anders gehen. Manche haben eben vor lauter "Wenden" keine Zeit mehr für die Wahrheit.
(-/13.9.1982/ks/va)

+ + +



Zehn Jahre diplomatische Beziehungen zu Polen

Lob für die aner kennenswerte Arbeit der diplomatischen Vertretungen

Von Walter Polkehn MdB

Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Fast unbemerkt - weil aktuelle und spektakuläre Tagesthemen die Presse füllen - werden wir am 14. September dieses Jahres auf das zehnjährige Bestehen diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik Polen zurückblicken.

Ich will heute keine Bilanz der gegenseitigen Beziehungen ziehen, sondern möchte dieses Datum zum Anlaß nehmen, denen zu danken, die den Teil der praktischen Arbeit aus der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu vollziehen hatten und weiter zu vollziehen haben - den deutschen Botschaftern in Warschau und den polnischen Botschaftern in Köln, sowie allen ihren diplomatischen Mitarbeitern.

Keine anderen Botschaften haben die positiven Auswirkungen des Warschauer Vertrages und aller nachfolgenden Abkommen in so kurzer Zeit und in so großem Umfang zu bewältigen gehabt, wie gerade diese beiden Botschaften:

cirka 260.000 Aussiedler und über zwei Millionen Besuchsreisen nach Polen sowie über 1,5 Millionen Besuchsreisen von Polen sollen hier erwähnt werden.

In Warschau wie in Köln ist dies unter bescheidenen personellen und räumlichen Verhältnissen aber mit viel persönlichem Engagement der Diplomaten im Geiste der Verträge weitgehend reibungslos und oft mit aner kennenswerter Hilfsbereitschaft geleistet worden. Ich wünsche und hoffe, daß die - durch die augenblickliche innenpolitische Lage in Polen bedingte rückläufigen - praktischen Aufgaben in den Botschaften bald wieder Hochkonjunktur haben. Die deutschen und polnischen Diplomaten aller Ränge werden mir hoffentlich diesen Wunsch nicht verübeln.

(-/13.9.1982/ks/va)

+ + +

